

Bericht über die 7. Ordentliche Vertreterversammlung der ISOR e.V.

Am 15.Juni 2017 fand in Berlin die satzungsgemäß einberufene 7. Ordentliche Vertreterversammlung unseres Vereins statt. Daran nahmen 129 der 150 in den TIG gewählten Vertreter teil. Sie repräsentierten 114 (68,4 %) der 164 TIG und 14.017 (93 %) der aktuell 15.064 Mitglieder. Die Vertreterversammlung stand vor der Aufgabe, die nach der Nichtannahme unserer Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG entstandene Lage zu bewerten und darüber zu entscheiden, ob und in welcher Form ISOR ihren Kampf fortführen soll.

Horst Parton begründete in seinem Referat, dass ISOR als Organisation erhalten werden muss, weil

- 26 Jahre nach Gründung unserer Initiativgemeinschaft das Ziel unserer Satzung, die Beseitigung der strafrechtsähnlichen Bestimmungen im Rentenrecht, der Diskriminierung und Ausgrenzung sowie der willkürlichen Enteignung von Eigentumsansprüchen noch immer nicht erreicht ist;
- Solidarität unsere wichtigste Waffe im Kampf gegen Diskriminierung, Ausgrenzung, Hetze und Verleumdung war, ist und bleibt;
- ISOR die einzige und anerkannte gemeinsame Interessenvertretung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR ist;
- eine Organisation mit Erfahrungen aus 26 Jahren erfolgreichen Kampf mit politischen und juristischen Mitteln, mit stabilen und gewachsenen Strukturen nicht leichtfertig aufgegeben werden darf;
- ISOR als mitglieder- und finanziell stärkste Organisation im OKV auch weiter eine bedeutsame Rolle im Netzwerk linker Organisationen einnehmen wird;
- das Vermächtnis vieler, die bis zu ihrem Lebensende an unserer Seite standen, gebietet, den Kampf nicht aufzugeben;
- ISOR für viele Mitglieder zur politischen Heimat geworden ist, zum Ort des Gedankenaustausches unter Gleichgesinnten und zugleich zu einem wichtigen Partner für die uneigennützige Hilfe für bzw. Organisierung

- der Betreuung von bedürftigen Mitgliedern; und nicht zuletzt, weil wir vor der Willkür der Herrschenden nicht kapitulieren werden, solange noch Leben in uns ist.



Foto Wolfgang Ney

Die Erhaltung von ISOR sei auch der Wille unserer Mitglieder, die sich in einer Mitgliederbefragung mit einer deutlichen 2/3-Mehrheit für die Weiterführung unseres Kampfes entschieden haben.

In den Berichten des Schatzmeisters und des Vorsitzenden der Revisionskommission wurde die solide Finanzbasis der ISOR und der ordnungsgemäße Umgang mit den Finanzmitteln bekräftigt. Weitere Einsparungen wurden angekündigt, aber auch Überlegungen hinsichtlich einer besseren finanziellen Ausstattung der TIG.

Mit unterschiedlichen Argumenten und bei realistischer Einschätzung der sich aus altersmäßigen und gesundheitlichen Einschränkungen und dem Rückgang der Mitgliederzahlen ergebenden Probleme stimmten alle Diskussionsredner diesen Auffassungen zu. Die entsprechende Entschließung der Vertreterversammlung wurde durch die überwiegende Mehrheit der Delegierten bei nur einer Gegenstimme angenommen.

Zustimmend aufgenommen wurde auch, dass der juristische Kampf nicht beendet, sondern auf internationaler Ebene fortgeführt wird. Rechtsanwalt Dr. Bernfried Helmers erläuterte die Konzeption für die fristgemäß beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereichten sechs Individualbeschwerden, mit denen schwerpunktmaßig die Verletzung des Rechtes auf Schutz des Eigentums und

das damit verbundene Diskriminierungsverbot gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention, aber auch die Verweigerung eines fairen Verfahrens gerügt werden.

Auch angesichts nur geringer Erfolgschancen sind diese Beschwerden ein wichtiges politisches Signal, dass wir unseren Kampf nicht aufgeben und niemand will die Verantwortung übernehmen, dass wir diese letzte Chance zur Klärung der offenen Rechtsfragen nicht genutzt haben. Die innerstaatliche Rechtslage ist davon nicht beeinflusst und würde sich erst ändern, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 7.11.2016 beanstandet und eine Korrektur fordert. Natürlich hat jeder formal das Recht, Widerspruch einzureichen und Klage zu führen. Bis dahin macht es aber keinen Sinn neue Klagen und Widersprüche einzureichen, ruhende Verfahren müssen weiter beendet werden.

Unabhängig davon werden die Möglichkeiten der Anrufung des Wirtschafts- und Sozialrates der UN weiter ausgeschöpft, sowohl hinsichtlich des Parallelberichtes zum Staatenbericht der BRD über die Verwirklichung des Wirtschafts- und Sozialpaktes als auch zur Forcierung der Ratifizierung des Fakultativprotokolls zu diesem Pakt, der Individualklagen bei der UN ermöglichen würde.

Selbstverständlich werden wir die Verfahren zur Anerkennung der Zulagen und Zuschläge als rentenwirksame Leistungen forsetzen, bei guten Erfolgssichten für die Angehörigen der Volkspolizei und der Zollverwaltung, möglicherweise im Gefolge einer gefestigten Rechtsprechung auch für die NVA-Angehörigen.

Die erste Kammer des 1. Senates des Bundesverfassungsgerichtes hat mit ihrer Entscheidung vom 7.11.2016 darauf verwiesen, dass Korrekturen des Rentenstrafrechtes Angelegenheit der Politik seien. Deshalb wird der politische Kampf zum Schwerpunkt unserer weiteren Arbeit.

Viele Mitglieder und TIG-Vorstände haben Vorschläge zur Gestaltung der weiteren Arbeit der ISOR unterbreitet und ihre Sorgen und Probleme dargelegt. Vordringliche Aufgabe des neu gewählten Vorstandes wird es sein, diese Vorschläge in einer zu erarbeitenden politischen Führungskonzeption zusammenzufassen und zum Gegenstand seiner Arbeit zu machen. Neben Organisationsfragen und der Gestaltung einer ansprechenden Vereinsarbeit wird vor allem über die weitere politische Ausrichtung der ISOR zu beraten sein. ISOR wird sich politisch breiter aufstellen und noch stärker als außerparlamentarische Opposition profilieren müssen als bisher. Das bedeutet insbesondere:

- Stärkere Unterstützung der Friedensbewegung.
- Kampf gegen die Diskriminierung Ostdeutscher
- Zurückweisung von Geschichtslügen.

- Mobilisierung gegen neofaschistische und nationalistische Entwicklungen.
- Unterstützung sozialer Forderungen in ihrer ganzen Breite.

Gleich mehrere Diskussionsredner verwiesen auf die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements im Friedenskampf. Dr. Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE hob hervor, dass die Nachkriegszeit 2016 zu Ende ging und heute ein wirtschaftlich starkes Deutschland unter dem Vorwand mehr Verantwortung übernehmen zu müssen, nach militärischer Stärke strebt, bei erheblicher Steigerung der Kriegsgefahr. Deshalb würden heute „Soldaten für den Frieden“ mehr denn je gebraucht. Hans-Joachim Friedrich (Strausberg) berichtete über seine Kontakte zur Europäischen Sektion des Weltfriedensrates und zum „Friedensratschlag“ in Kassel. Die Publikation „Soldaten für den Frieden“ habe großes Interesse gefunden und wird auch hier weiter popularisiert.

Die Vertreterversammlung gab auch erste Antworten, wie ISOR seine stärkere Ausrichtung auf den politischen Kampf umsetzen will. Walter Krüger (Güstrow) berichtete u.a. über das von ihm organisierte Gespräch mit dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering. Weitere Gespräche mit Politikern sind geplant. (Am 21.6. fand z.B. ein Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin, Katina Schubert, statt, bei dem Horst Parton, Prof. Horst Bischoff und Wolfgang Schmidt die Anliegen von ISOR erläuterten, u.a. auch das Problem der Zulagen und Zuschläge). Hartwig Müller (Berlin-Köpenick) schlug vor, in Anträgen die Verantwortung der Gesetzgeber einzufordern. Auch Horst Parton hatte Überlegungen zu einer Gesetzesinitiative zur Aufhebung des Strafrentensystems vorgetragen.

Zweifellos muss die Zusammenarbeit mit befreundeten Verbänden und Vereinen ausgebaut, müssen wie schon in der Vergangenheit und noch verstärkt gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen organisiert werden. Hans Bauer, Vorsitzender der GRH übermittelte der Vertreterversammlung kollektive Grüße der als Ehrengäste anwesenden Vorsitzenden der GBM, des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR, der IGRA, des BÜSGM und des OKV. Er würdigte den wichtigen Platz, den ISOR im Ostdeutschen Kuratorium der Verbände einnimmt und versicherte den ehemaligen Mfs-Angehörigen die Solidarität im Kampf gegen politische und juristische Willkür.

In seinem Referat hatte Horst Parton die großen Leistungen der Initiative für gerechte Altersversorgung (IGA) und besonders die Verdienste von Heinz Tauchert hervorgehoben.

In wenigen Monaten wird in Deutschland der Bundestag gewählt. Die Zeit bis zu diesen

Wahlen ist günstig, um Politiker und Kandidaten für den Bundestag mit unseren Forderungen zu konfrontieren. Die vom OKV mit unserer Unterstützung und Zustimmung erarbeiteten Wahlprüfsteine sind in dieser Ausgabe auf Seite 6 veröffentlicht. Wo es möglich ist, sollten wir die Wahlveranstaltungen nutzen, um konkrete Stellungnahmen der Politiker einzufordern. Die Partei DIE LINKE hat bereits auf die Wahlprüfsteine des OKV reagiert und ihre weitgehende Übereinstimmung mit unseren Positionen bestätigt. U.a. stellte sie fest: „Als einzige im Bundestag vertretene Partei hat DIE LINKE (wie vorher die PDS) gegen das Unrecht bei der Überführung von DDR-Rentenanwartschaften gekämpft. Wir haben auch in dieser Legislaturperiode immer wieder parlamentarische Anträge im Bundestag zur Abstimmung gestellt, mit denen das Versorgungsrecht, die Überführungslücken und die Strafrenten beseitigt werden sollten. Selbstverständlich müssen die als politisches Strafrecht empfundenen Sanktionen bei als staatsnah eingestuften Personen und allen beim MfS Beschäftigten unverzüglich aufgehoben werden. Diese Eingriffe in die Rentenformel halten wir für politische Willkür, die sofort abgeschafft werden muss.“

Wer verhindern will, dass im neu zu wählenden Bundestag die AfD als stärkste Oppositionsfaktion einzieht, wer erreichen will, dass das am 1. Juni dieses Jahres vom Bundestag verabschiedete Rentenüberleitungsabschlussgesetz Rentenungerechtigkeiten nicht für alle Ewigkeit fortschreibt, dass unsere Rentenprobleme auf der Tagesordnung von Bundestagsitzungen bleiben und evtl. auch eine Gesetzesinitiative zur Beseitigung der Strafrenten im Bundestag behandelt wird, wer dafür ist, dass soziale und friedenspolitische Forderungen mit Nachdruck vertreten werden, muss im September seine Stimme für die Partei DIE LINKE abgeben. Eine Nichtteilnahme an der Wahl oder die Wahl chancenloser kleiner Parteien stärkt nur das herrschende Parteienkartell.

Gespräche, die Vertreter des OKV mit dem Fraktionsvorsitzenden der Partei die LINKE, Dietmar Bartsch, am 11. Mai dieses Jahres geführt haben und der Bericht von Hans-Jürgen Schwart, der als Vertreter von ISOR am Parteitag im Juni in Hannover teilgenommen hat, bestärken uns in dieser Auffassung.

Unter dem Beifall der Delegierten fasste Horst Parton die Diskussion mit den Worten zusammen: „Die Flagge auf der Festung ISOR wird nicht eingeholt!“

Die Vertreterversammlung wählte mit großer Mehrheit die Mitglieder des 13-köpfigen neuen Vorstandes, deren Kandidatur in der Mai-Ausgabe von „**ISOR aktuell**“ bekannt gemacht worden war. Willi Becker hatte aus gesundheitlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

*

Ehrenmitgliedschaften verliehen

In seiner Beratung am 24.05.2017 beschloss der Vorstand Ehrenmitgliedschaften zu verleihen an

Dr. Gerhard Dylla

Gerd Röseberg

Dr. Rolf Scheffel

in Anerkennung ihrer langjährigen verantwortungsvollen Mitarbeit im Vorstand der ISOR e.V., ihres erfolgreichen Wirkens auf Landesebene in den TIG bzw. der Vertretung der ISOR im Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände.

Lothar Voigt

Manfred Hering

die als langjährige Vorsitzende der TIG Schwerin bzw. der TIG Berlin-Lichtenberg 2 eine vorbildliche Arbeit beim Aufbau und der Festigung unserer Organisation und der Entwicklung eines beispielgebenden Vereinslebens geleistet haben.

Bereits im Januar 2017 war

Helmut Grohmann

dem langjährigen Vorsitzenden der TIG Rostock und Mitglied des Beirates der ISOR in Würdigung seiner großen Verdienste die Ehrenmitgliedschaft verliehen worden.

Entschließung der Vertreterversammlung vom 15. Juni 2017

ISOR hat sich seit ihrer letzten Vertreterversammlung vom 21./22. Oktober 2013 aktiv mit politischen und rechtlichen Mitteln in die Gesellschaft eingebracht und sich im Kampf gegen Sozialabbau und soziale Benachteiligungen weiter profiliert. Sie arbeitet eng mit anderen linken Organisationen und Kräften zusammen und intensiviert ihren spezifischen Beitrag in der Friedensbewegung, letzteres insbesondere im Zusammenwirken mit dem Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR. Jüngstes Resultat dessen ist die gemeinsame Publikation „Soldaten für den Frieden“ mit den Stellungnahmen führender Militärs und weiterer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die am 24.3.2017 der Öffentlichkeit übergeben worden ist und mit ihrem Anliegen ihrem gleichnamigen gemeinsamen Aufruf vom 5. Mai 2015 folgt.

ISOR wird sich auch in Zukunft aktiv am Kampf um die Sicherung des Friedens beteiligen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Beschluss der 1. Kammer seines Ersten Senats vom 7. November 2016 entschieden (veröffentlicht und zugestellt am 28. Dezember 2016), sieben Verfassungsbeschwerden gegen § 7 Abs. 1 ff. AAÜG zur Entscheidung nicht anzunehmen und diese Entscheidung für unanfechtbar erklärt. Durch diese Verweigerung wird die Verantwortung für die Fortdauer des Rentenstrafrechts erneut der Legislative und der Exekutive zugeschoben und zur Problemklärung auf den politischen Kampf verwiesen. Wir halten diese Entscheidung ihrerseits für ausschließlich politisch motiviert und nicht hinnehmbar. Dies umso mehr, als sie zugleich das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und die Erfüllung der Kontrollfunktionen des Verfassungsgerichts bei uns zutiefst erschüttert. Nach Sachlage wird damit zugleich festgeschrieben, dass Gründungsziel, Zweck und Aufgaben der ISOR noch nicht erreicht sind und der politische und rechtliche Kampf gegen Rentenstrafrecht und die damit verbundene gesellschaftliche Ausgrenzung, Diskriminierung und Verleumdung ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR und insbesondere des MfS weitergeführt werden muss. Rentenstrafrecht, Ausgrenzung, Diskriminierung und Verleumdung der Ostdeutschen sollen offensichtlich und objektiv nunmehr durch höchstrichterliche Entscheidung unanfechtbar sanktioniert werden: andere staatliche Entscheidungen und Vorhaben deuten zugleich darauf hin, dass dies auch auf weitere Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR erweitert werden soll. Beides erfordert Protest und den Wi-

derstand der Zivilgesellschaft und den Zusammenschluss der Betroffenen.

Die Vertreterversammlung dankt allen Mitgliedern und Unterstützern unseres bisherigen Kampfes für die geleistete Arbeit, unseren Anwälten, Gutachtern, den Vorständen und den Mitgliedern anderer Verbände und Vereine – insbesondere des Ostdeutschen Kuratoriums – sowie einzelnen Vertretern und Mitarbeitern verschiedener Parteien für ihre Ermutigung und die gewährte Solidarität. Unser besonderer Dank gilt den Freunden der Initiative für gerechte Altersversorgung für das gemeinsame politisch und juristisch übereinstimmende Handeln im Kampf gegen den Missbrauch des Rentenrechtes als politisches Strafrecht.

Die Vertreterversammlung hat den Bericht des Vorstands und die bisherigen Ergebnisse zur Überwindung des Rentenstrafrechts mehrheitlich bestätigt und zugleich Arbeitsrichtungen und Aufgaben festgelegt, wie der Kampf unserer Organisation weitergeführt werden soll. In ihnen wurden insbesondere auch umfangreiche Diskussionen in unseren Basisorganisationen und eine große Anzahl schriftlicher Stellungnahmen und Positionierungen von Mitgliedern in Vorbereitung der Konferenz berücksichtigt. Sie sind in der neu zu erarbeitenden politischen Führungskonzeption des Vorstands weiter zu konkretisieren. Die Grundrichtung der Arbeit für die kommenden Jahre wird wie folgt bestimmt:

- 1| Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht und für Rentengerechtigkeit bleibt weiter Kernstück der satzungsmäßigen Arbeit, verlagert sich zunehmend auf den politischen Bereich und orientiert auf gemeinsame und abgestimmte Aktivitäten mit anderen – vor allem ostdeutschen – Betroffenenverbänden und Menschenrechtsorganisationen, insbesondere der GRH, der GBM und dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR. Bestehende Arbeitskontakte zu analogen Organisationen und Betroffenengruppen in anderen Staaten der EU sind zu entwickeln und zu erproben. Geprüft und erreicht werden sollen in gemeinsamer Arbeit der Zivilgesellschaft insbesondere durch außerparlamentarische Aktivitäten – Beschwerden gegenüber dem Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen im Rahmen der periodischen Berichterstattung der Bundesrepublik Deutschland nach Art. 16 und 17 des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Pakt), die Durchsetzung der Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche,

soziale und kulturelle Rechte durch die Bundesrepublik Deutschland (Resolution **63/117** der 66. Plenarsitzung vom 10.12. 2008), die bisher in der 17. und 18. Legislatur des Bundestages gegen Initiativen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN (DS 17/8461) sowie gemeinsam von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Partei DIE LINKE (DS 18/4332) mehrheitlich abgelehnt wurden, sowie - nach Erreichung der Ratifizierung - die Einreichung geeigneter Individualbeschwerden gemäß Art. 2 des Zusatzprotokolls, die Prüfung und Anstrengung von sechs Menschenrechtsbeschwerden beim EUGH/ MR wegen Verletzung von Grundrechten der Europäischen Menschenrechtskonvention (Diskriminierungsverbot, Gleichheitsgebot, Eigentumsschutz) sowie des Rechts auf ein faires Verfahren (Art. 6 EMRK) ff. durch die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch den Beschluss vom 7.11.2016 (zugestellt am 28.12.2016) zur Nichtannahme von Verfassungsbeschwerden, die Unterstützung der jüngsten Initiative der Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag (DS 18/10860 vom 17.1.2017), Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes zur Aufnahme sozialer Rechte in das Grundgesetz, wozu „**ISOR aktuell**“ (Ausgabe 4/2016) bereits ausführlich in der Vorbereitungszeit berichtet hatte, weitere geeignete politische Aktivitäten zur innerstaatlichen Beförderung der Durchsetzung sozialer Rechte (z. B. Wahlprüfsteine und konkrete Forderungen in Wahlkämpfen auf Bundes – und auf Landesebene in Landtagswahlen in Ostdeutschland mit Bezug auf landesrechtliche grundsätzlich zusprechende rechtliche Regelung zur Durchsetzung von rentenrechtlichen Ansprüchen aus Zulagen und Zuschlägen).

Rechtshängige Verfahren bei Zulagen und Zuschlägen sollen – in Abstimmung mit beteiligten Gewerkschaften - beharrlich weitergeführt werden mit dem Ziel der Entwicklung einer gesicherten zusprechenden Rechtsprechung.

2| ISOR ist trotz hoher Altersstrukturen und gesundheitlicher Probleme vieler ihrer Mitglieder eine mitgliedstarke Organisation und soll das auch bleiben. Selbst wenn ein größerer Teil unserer Mitglieder aus Alters- und Gesundheitsgründen genötigt ist, seinen Beitrag auf die nominelle Zugehörigkeit und Unterstützung unseres Kampfes zu beschränken, macht doch die Mitgliedszahl die Mächtigkeit eines Sozialvereins aus, auf den die jeweils Regierenden vor allem in Wahlkampfzeiten sich zu besinnen gezwungen sind. Diese Wirkung sollten wir nicht geringer schätzen, als die Parteien selbst das tun und zur Interessenvertretung nutzen.

Zugleich ist unsere Organisation selbst zu festigen und muss den Entwicklungen Rechnung tragen. Unsere Satzung hat sich bewährt. Die politische Führungskonzeption ist den heutigen realen Lebensbedingungen anzupassen. Sie muss auch die Möglichkeit einer steigenden Anzahl von Einzelmitgliedschaften berücksichtigen.

Die Vertreterversammlung orientiert darauf, Strukturen, Gliederungen und Informationswege zu überprüfen. Zugleich sollten weitere Möglichkeiten der Beratung und des Beistands geprüft werden (Betreuung und gegenseitige Hilfe, wie es das vielfach bereits gibt, Problemeratung bei Mieten, Wohnen, Vorsorge, Sicherung von Eigentum und Eigentumsrechten, usw.).

3| ISOR soll auch künftig politische Heimat ihrer Mitglieder bleiben und weiterhin den Kampf um soziale und Bürgerrechte mit dem Wunsch ihrer Mitglieder nach einem Gemeinschaftsleben politisch Gleichgesinnter verbinden. Mitglieder, die aus Alters- und Gesundheitsgründen unsere Organisation verlassen haben, werden auch weiterhin die Achtung und Solidarität unserer Gemeinschaft genießen und sich unter Beachtung ihrer Möglichkeiten in unsere Gemeinschaft einbringen können.

Bürger, die den Wunsch haben, sich unserer Gemeinschaft anzuschließen, weil sie sich den politischen Zielen und Aktivitäten unserer Organisation und unseren Mitgliedern verbunden fühlen und den Grundsätzen unserer Gemeinschaft zustimmen, sollte der Beitritt zu ISOR in Entscheidung der TIG-Vorstände ermöglicht werden, auch wenn sie nicht den bewaffneten Organen oder der Zollverwaltung der DDR angehört haben.

Die Zukunft von ISOR wird durch die Arbeit unserer Mitglieder in den TIG, unsere langjährig bewährten Organisationsformen und unsere gemeinsamen Interessen bestimmt. Wir werden auch weiterhin dafür eintreten, dass Lebensleistungen in der DDR nicht durch dumpfe, angemaßte Deutungshoheiten, Verleumdungen, Geschichtsfälschungen und politische Diskriminierung herabgewürdigt werden und unseren Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln aktiv fortführen.

Der Vorstand wird beauftragt, die Kooperation mit allen demokratischen Vereinen, Verbänden, die aktiv für den Frieden kämpfen, die auf sozialpolitischen Gebiet tätig sind, fortzusetzen und zu intensivieren. Wir werden das Zusammenwirken mit linken Organisationen, Parteien, Verbänden und Vereinen sowie einzelnen Persönlichkeiten erhöhen und so unseren spezifischen Beitrag in einem friedlichen Gemeinwesen leisten.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Abschied von unserem Ehrenmitglied Heinz Keßler

Genossen und Kampfgefährten, Persönlichkeiten der DDR, die Botschafter der Russischen Föderation und Kubas nahmen am 7. Juni in einer bewegenden Trauerfeier Abschied von Armeegenaral a.D. Heinz Keßler.



Egon Krenz, letzter Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR und Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, würdigten Heinz Keßler als glühenden Antifaschisten, Kommunisten, Internationalisten und anerkannten Staatsmann der DDR. Seine unerschütterliche Freundschaft zur Sowjetunion fand dabei besondere Erwähnung. Unvergessen bleiben seine Verdienste im Kampf um die Sicherung des Friedens, die er als höchster Militär der DDR erwarb. Die NVA hat sich an keinerlei kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt und auch bei den Ereignissen im Herbst 1989 auf den Einsatz von Waffen verzichtet. Dass der Frieden in der Zeit des Kalten Krieges gesichert wurde ist auch das persönliche Verdienst Heinz Keßlers.

Für eine würdige kulturelle Umrahmung der Trauerfeier sorgte der Ernst-Busch-Chor. Die Mitglieder unseres Vorstandes Prof. Dr. Horst Bischoff und Manfred Volland hatten ihn wenige Stunden vor seinem Tod im Krankenhaus besucht.

Wir übergaben ihm unserer Friedenspublikation „Soldaten für den Frieden. Frieden war und ist unser Lebensinhalt“ mit der Widmung:

„Für den standhaften Kommunisten und Antifaschisten Armeegeneral a.D. Heinz Keßler.“

Der Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit war und ist Hauptinhalt Deines kämpferischen Lebens.

Wir danken Dir für Deine Lebensleistung und wünschen Dir noch viele Jahre alles Gute.

Die Vorsitzenden der Red. Kommission der Friedenspublikation“

Zugleich informierten wir ihn über die überaus positive Reaktion der Öffentlichkeit zu unserer Friedenspublikation. Wir dankten ihm für seinen überzeugenden persönlichen Beitrag darin. Wegen seines Gesundheitszustandes, fiel ihm das Sprechen sehr schwer, so dass ein Dialog mit ihm, wie wir es von früher kannten, nicht mehr möglich war.

Als Zeichen der Zustimmung und zugleich des Abschieds von seinen Kampfgefährten ballte er die Hand zur Faust, so wie es Ernst Thälmann immer tat und versuchte zu lächeln. Genugtuung und Zufriedenheit waren ihm trotz offensichtlicher Erschöpfung anzusehen. Mit dem Thälmannschen Gruß verabschiedete er uns auch beim Verlassen seines Krankenzimmers.

Wir unterhielten in den letzten Jahren vielfältige Kontakte zu ihm.

So wollte er immer wieder informiert werden über die Tätigkeit von ISOR und dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA/GT der DDR. Bis ins hohe Alter von 95 Jahren nahm er jährlich an den Grenzer-Treffen der GRH teil.

Sein Beitrag für unsere Friedenspublikation endet mit dem Dank an seine Mitstreiter, Freunde und Genossen.

„Der Krieg darf nicht zur ‚Ultima Ratio‘ der Politik werden, dass würde auch zum Untergang des deutschen Volkes führen. Krieg bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Frieden kann es nur MIT und nicht GEGEN Russland geben.“

Ich bin heute noch stolz auf meine Unterstellten, dass sie ein solch starker Friedenswillen weiterhin eint und sie das mit ihrer Unterschrift unter diesen Aufruf in aller Öffentlichkeit bekunden. Dieses Dokument ‚Soldaten für den Frieden‘ ist einmalig in der deutschen Militärgeschichte und beweist: die DDR und ihre NVA waren Bastionen des Friedens.“

Manfred Volland

*

Auf Einladung nahmen Vertreter des Vorstandes am 23. Juni an der 12. Veranstaltung „Runder Tisch Friedensbewegung“ der Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag teil. Einladeende waren Christine Buchholz und Wolfgang Gehrke. Schwerpunktmaßig beschäftigte sich die Beratung mit der Aufrüstungsdebatte und dem sogenannten Krieg gegen den Terror.

*



Vertreterversammlungen werden konzentriert geführt, zumal die unsere am 15.07.2017, mehrere Aufgaben zu erfüllen hatte. Deshalb ist es uns Bernauern (bei Berlin) ein Bedürfnis, im Nachgang sozusagen, jedoch unmittelbar, dem entlasteten und dem neu gewählten Vorstand, den Akteuren der Geschäftsstelle und denen in den TIG unseres Vereins Dank zu sagen für die geleistete Arbeit. 26 Jahre unablässiger Kampf um einen und in einem starken Verein fand seine Fortsetzung in den Beschlüssen der Versammlung. Allen Gesundheit und Kraft!

Klaus-Dieter Jäschke TIG Bernau

*

Bezugnehmend auf eine Berichterstattung von **ISOR aktuell** über ein Treffen von ISOR-Funktionären mit dem Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat der Landtagsabgeordnete Peter

Ritter (DIE LINKE) eine Anfrage an die Landesregierung gestellt um zu erfahren, welche konkreten Schritte durch die Landespolitik unternommen werden sollen, um die Vorschläge von ISOR positiv zu begleiten.

In einer Antwort der Landesregierung heißt es: „Die neuen Länder, mit Ausnahme des Landes Brandenburg, lehnen die erweiterte Einbeziehung einheitlich ab. Die gewährten Zulagen sind nach Auffassung dieser Länder keine Lohnbestandteile. Vor den Sozialgerichten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind dazu zahlreiche Verfahren anhängig.“

Die Landesregierung strebt eine Befassung durch das Landessozialgericht an, damit die strittigen Fragen einer landeseinheitlichen Klärung zugeführt werden können.“ (...) „Die Entscheidung des Landessozialgerichtes bleibt abzuwarten.“ (Drucksache 7/618)

*

Wahlprüfsteine des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden zur Wahl des Deutschen Bundestages September 2017

Die politische Entwicklung in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland erfüllen uns zunehmend mit Sorge.

Entgegen dem anerkannten politischen Grundsatz: „Vom Deutschen Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!“ und den Bestimmungen des Grundgesetzes beteiligt sich Deutschland weltweit an kriegerischen Aktionen und kriegsvorbereitenden Handlungen.

Wir verurteilen die grobe Missachtung des grundlegenden Menschenrechts auf Leben und Gesundheit durch Vorbereitung von militärischen Auseinandersetzungen und aktive Beteiligung der Bundesregierung an Kriegen in der Welt. Besonders unerträglich ist für uns die Hetze gegen Russland und die Stationierung deutscher Soldaten im Rahmen der NATO an dessen Westgrenzen.

Die sozialen Menschenrechte wie das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnen werden nicht durchgesetzt, die Politik der Regierung richtet sich an den Interessen der die Wirtschaft beherrschenden Unternehmen aus und fördert damit eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich.

Die Diskriminierung der Ostdeutschen Bevölkerung ist auch nach einem Vierteljahrhundert des Anschlusses der DDR an die BRD entgegen den Anforderungen des Grundgesetzes nicht beendet.

Im Namen der Mitglieder unserer Verbände und Vereinigungen fordern wir die Parteien und Kandidaten, die zur Bundestagswahl antreten, auf, zu nachfolgenden Fragen ihren Standpunkt zu äußern:

I. Leben in Sicherheit und Wohlstand braucht Frieden Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für

- eine Unterbindung von Auslands- und Kriegseinsätzen der Bundeswehr?
- eine spürbare Reduzierung der Produktion und des Exports von Waffen und für eine strikte Unterbindung des Waffenexports in Krisenregionen?
- eine weltweite Ächtung aller Atomwaffen und den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland?
- eine Unterstützung der Aktivitäten der Friedensbewegung zur Schließung des Kommandoziels der amerikanischen Armee zur Drohnen-Kriegsführung in Ramstein?
- eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa und weisen Sie deshalb die russlandfeindlichen Maßnahmen der NATO, wie die Entsendung deutscher Truppen an die Grenzen Russlands, zurück?
- einen Rückzug der BRD aus der NATO und Aktivitäten zur Auflösung der NATO?

II. Soziale Gerechtigkeit und Schutz vor Armut

Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für

- spürbare Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation vor allem der unteren Schichten in der BRD? Unterstützen Sie alle Maßnahmen um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen?
- die Durchsetzung des Menschenrechts auf Arbeit, Bildung und Wohnung und ein Verbot der Spekulation mit Grund und Boden sowie Immobilien?
- die Unterbindung einer weiteren Privatisierung lebenswichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Rückgängigmachung von bereits vollzogener Privatisierung?
- die Beseitigung aller Ursachen in der Welt, die Menschen zur Flucht zwingen?
- eine Unterbindung aller Maßnahmen der EU, die Länder des Südens im Interesse des Finanzkapitals auszubluten?
- die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen für die zu uns kommenden Flüchtlinge und die Unterbindung der Abschiebung von Asylsuchenden in Krisengebiete?

III. Schaffung gleicher Lebensbedingungen

in Ost und West

Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für

- wirksame Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Annäherung von Ost- an Westdeutschland und damit der Aufhebung der Diskriminierung der ostdeutschen Bevölkerung bei berechtigten Lohn- und Rentenansprüchen?
- gegen eine Diffamierung der DDR als Unrechts- und Pleitenstaat und damit gegen die Diffamierung der Lebensleistung von Millionen ostdeutschen Bürgern?
- die Aufhebung des Rentenunrechts und damit für eine schnelle Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West mit sofortiger Wirkung?
- eine Aufhebung der menschenrechtsverletzenden Strafrenten gegen Verantwortungsträger der DDR und ihrer Sicherheitsorgane und damit für die Aufhebung der grundgesetzwidrigen Nutzung des Sozialrechts als Strafrecht?

Veranstaltungen

Tag der Republik am 7.Oktober 2017 in Bochum

Die Freunde des DDR-Kabinetts Bochum e.V. organisieren anlässlich des 68.Jahrestages der Gründung der DDR am Sonnabend, 7.Oktober 2017 in Bochum mit großer Begeisterung eine festliche Veranstaltung. Am Vorabend kann bei einem Begegnungsabend mit Buffet – ohne festes Programm – das Glas auf das Geburtstagskind erhoben werden.

Der Vorstand der GRH e.V. ruft seine Mitglieder und Sympathisanten zur Teilnahme an dieser Geburtstagsfeier in Bochum auf. Er wird mit Unterstützung des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen beim OKV für die Fahrt am 06.10.17 von Berlin nach Bochum und am 07.10.17 zurück einen Bus organisieren.

Je mehr Personen mitfahren, umso günstiger wird der Preis für den Bus sein. Die Hotelreservierung in Bochum erfolgt in Kooperation mit den Freunden des DDR-Kabinetts. Die Kosten für Busfahrt, Hotelübernachtung und für die Teilnahme am Begegnungsabend und an der Festveranstaltung tragen die Teilnehmer selbst. Interessenten melden bitte telefonisch, per Post oder Mail verbindlich ihre Teilnahme an die Geschäftsstelle der GRH bis zum 31.08.2017. Franz-Mehring-Platz 1 Tel. / Fax: 030 2978 4225 verein@grh-ev.org

Einladung

Die TIG Salzwedel, Stendal, Klötze und Prignitz laden zum Altmarktreffen am 2.9.2017 ein.

Wir beginnen die Veranstaltung in der Ausflugsgaststätte „Feine Sache“ in 29416 Jeggleben um 10.00 Uhr.

Nach einem gemeinsamen Imbiss wird ein Mitglied des Berliner Vorstands zu uns sprechen

und über das weitere Wirken von ISOR informieren.

Anschließend ist Gelegenheit zur Diskussion und zu Gesprächen.

Ab 12.30 Uhr ist ein gemeinsames Mittagessen vorgesehen, nach dem die Veranstaltung endet. Der Kostenbeitrag beträgt 15,00 EUR je Teilnehmer.

Wir bitten um Teilnahmemeldungen bis zum 20.08.2017 an:

Willfrid Romatschke - Tel. 039035/721 oder Klaus Lange - Tel. 03901/33741

Mit solidarischem Gruß

W. Romatschke, Vors. TIG Salzwedel

Lesenswert

Werner Großmann

Der Überzeugungstäter

Verlag edition ost Berlin 2017, 256 Seiten, 16,99 Euro

ISBN 978-3-360-01880-9

Im Gespräch mit dem Journalisten Peter Böhm zieht der letzte Chef der HV A des MfS, Generaloberst a.D. Werner Großmann die Bilanz seines Lebens.

Dabei beeindruckt er durch die Ehrlichkeit seiner Schilderungen, die auch Widersprüche und Reibereien im Apparat des MfS nicht ausblenden. Durchgehend bekennt er sich zu seinem Dienst im MfS und seinem Einsatz für den Frieden.

So schreibt er u.a. „Die 38 Jahre, die ich im MfS gearbeitet habe, in denen ich mich vom Mitarbeiter zum Leiter entwickelte, waren doch nicht umsonst. Ich habe dazu beitragen können, dass der Kalte Krieg in Mitteleuropa nicht zu einem heißen Krieg wurde. Dass die Bundesrepublik mich am 3. Oktober 1990 verhaften ließ, betrachte ich sogar als Auszeichnung und Anerkennung meines Wirkens.“ Ein echter Überzeugungstäter also und Vorbild für seine Genossen.

W.S.

*

Redaktionsschluss: 30.06.2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.07.2017

Einstellung im Internet: 04.08.2017

Auslieferung: 10.08.2017

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Klaus Blessing

95 polemische Thesen gegen die herrschende Ordnung

Eine Streitschrift für eine gerechtere Welt.

Edition berolina 2017, 192 Seiten, 9,99 Euro

ISBN 978-3-95841-033-6

Der Erfolgsautor Klaus Blessing nimmt das Lutherjahr zum Anlass für 95 moderne Thesen über die Zustände unserer Zeit. Er liefert eine originelle, kompakte und wie gewohnt zugespitzte Auseinandersetzung mit aktuellen politischen und sozialen Krisenphänomenen und wie mögliche Auswege daraus aussehen könnten. Dabei spart er auch nicht mit Kritik an der Agonie der linken Bewegungen gerade in Deutschland und Europa. Provokant, pointiert und zukunftsorientiert ist dieses Buch vor allem ein Diskussionsangebot zur weiteren Ausrichtung linker Politik.

W.S.